Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 184 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 10. August 1931

Gegen die Verschleuderung der Ernte

Die vom Reichskabinett gebilligten Maßnahmen zur Bewegung und Finanzierung der Ernte beziehen sich bei Roggen auf die staatliche Magazinierung und den Austauschexport, bei Weizen auf den Austauschexport und die Vermahlungsquote, bei Getreide allgemein auf die beschleunigte Inganggesetzung des Lagerscheinwesens und die zinsmäßige Sonderbehandlung der Erntebewegungsmittel. Hierzu wird amtlich mitgeteilt:

Angesichts der Roggenversorgungslage, die im Gegensatz zum Vorjahr keinen Überschuß der heimischen Produktion gegenüber dem Normalbedarf aufweist, sind die Maßnahmen auf dem Roggengebiet in erster Linie auf die Überwindung des Saisondrucks abgestellt, zumal infolge der Geld- und Kreditknappheit und -unsicherheit mit verstärkter Rückforderung von Krediten von seiten der Gläubiger und mit weitgehender Zurückhaltung der aufnehmenden Hand gerechnet werden muß. In Aussicht genommen ist die Magazinierung von einigen hunderttausend Tonnen Roggen, die bis zum Abebben des Saisondrucks, also je nach der Markt- und Versorgungslage etwa bis zum Frühjahr gelagert werden sollen, um alsdann wieder dem Konsum zugeführt zu werden. Es handelt sich nicht um eine Preisstützungsaktion im Sinne der vorjährigen Maßnahmen, die darauf abzielten, in Verbindung mit Eosinierung überschüssige Marktmengen ständig anderen Verwendungszwecken zuzuleiten; es handelt sich vielmehr um eine Magazinierung saisonmäßig überschüssiger Roggenmengen. Ferner ist die Förderung des Exports mit dem Ziele des späteren Reimports und des qualitätsmäßigen Austausches gegen höherwertigen, für Spezialzwecke bevorzugten ausländischen Roggen beabsichtigt. Auch beim Weizen sind die beabsichtigten Maßnahmen in erster Linie auf die Überwindung des Saisondrucks eingestellt, da auch hier die Versorgungslage, für das gesamte Jahr gesehen, sogar noch einen Überschußbedarf von verhältnismäßig geringem Umfang erforderlich machen wird. Beim Weizen sind die Austauschmöglichkeiten von deutschem Weichweizen gegen ausländischen Hartweizen in hinreichendem Umfange gegeben. Die Vermahlungsquote ist für das ganze Wirtschaftsjahr auf 97 Prozent bemessen. Mit dem Erlaß der entsprechenden Verordnungen für die Zollregelung und für die Festsetzung des Vermahlungszwanges ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Um das Lagerscheinwesen beschleunigt in Gang zu setzen, ist zunächst die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft im Notverordnungswege ermächtigt worden, indossable Lagerscheine auszugeben und das angelieferte Getreide auf Sammellager zu nehmen. Nach Auffassung maßgeblicher Bankkreise ist für derartige gegen die Gefahr des Einfrierens gesicherte und durch Waren gedeckte Anlagemittel mit besonderem Interesse am Geldmarkt zu rechnen. Die Entwürfe für ein allgemeines Lagerscheingesetz und für die Standardisierungsvorschriften für Getreide liegen zur beschleunigten Verabschiedung im Reichswirtschaftsrat.

Endlich ist eine sehr fühlbare zinsliche Erleichterung für die der Erntefinanzierung dienenden Mittel von Reich und Reichsbank in ausreichendem Umfange sichergestellt. Die hierfür notwendigen Reichsmittel sind etatmäßig vorhanden. Diese Maßnahme in Verbindung mit der beschleunigten Inganggesetzung des Lagerscheinwesens wird die Landwirtschaft in die Lage versetzen, sich auch ohne übereilte Mobilisierung der Ernte flüssige Mittel zu beschaffen.

*

Der Lagerschein.

Die Lagergeschäfte der Getreidehandelsgesellschaft.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Erleichterung der Erntebewegung trifft über die Ausgabe der Lagerscheine folgende Bestimmungen: Soweit die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin gewerbsmäßig die Lagerung und Aufbewahrung von Getreide übernimmt, gelten die folgenden von den allgemein gesetzlichen Bestimmungen abweichenden Vorschriften: Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft ist ermächtigt,

Lagerscheine auszustellen,

die durch Indossement übertragen werden können; ferner zur Vermischung des bei ihr eingelagerten Getreides befugt, wenn es sich um Getreide derselben Art und Güte handelt, sofern der Einlagerer nicht Einzellagerung verlangt hat; soweit für das Getreide eine gesetzliche Handelsklasse eingeführt ist, erstreckt sich

die Befugnis zur Vermischung

nur auf Getreide derselben Handelsklasse und Gütegruppe. An Getreide, das hiernach vermischt werden darf, steht vom Zeitpunkt der Einlagerung ab den Eigentümern der eingelagerten Getreidemengen Miteigentum nach Bruchteilen zu; die Bruchteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der von jedem Einlagerer eingelagerten Menge zu den Mengen, die sämtliche Einlagerer in den Lagerräumen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft eingelagert haben. Das Miteigentum erstreckt sich auf die Getreidemengen, die von der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft ersatzweise eingelagert worden sind. Soweit die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft Getreide für eigene oder fremde Rechnung kauft oder gekauft hat, hat sie es von dem Getreide, das sie als Lagerhalter aufbewahrt, getrennt zu halten. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, für

die Durchführung der Lagergeschäfte

der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft nähere Bestimmungen zu treffen, insbesondere eine Lagerordnung aufzustellen und Vorschriften über Form und Inhalt der Lagerscheine zu erlassen. Er hat die zur Überwachung der Lagergeschäfte der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft erforderlichen Maßnahmen zu treffen; er kann insbesondere bestimmen, daß zur Durchführung dieser Lagergeschäfte eine besondere Abteilung bei der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft errichtet wird.

Volksentscheid in Preußen gescheitert

Ueber 3,5 Millionen Ja-Stimmen zu wenig.

Die vorläufige Endzählung der Abstimmung zum Volksentscheid aus sämtlichen 23 Wahlkreisen zeitigt folgendes Ergebnis: Stimmberechtigt 26 899 000, Ja-Stimmen 9 793 603, Nein-Stimmen 362 885.

Es haben also rund 37 Prozent für die Auflösung des Preußischen Landtags gestimmt. Das Gesetz zur Auflösung des Landtags hat somit die erforderliche Anzahl von Ja-Stimmen nicht erhalten.

*

Für den Volksentscheid in Preußen zur Auflösung des Landtages haben nach den vorliegenden Wahlergebnissen 9 793 603 Wahlberechtigte gestimmt. Nach Berechnungen des preußischen Statistischen Landesamtes wären 13 449 500 Ja-Stimmen nötig gewesen, wenn der Volksentscheid hätte durchgehen sollen.

Das Ergebnis der zum Volksentscheid abgegebenen Ja-Stimmen bleibt rund 2,6 Millionen hinter dem zur letzten Reichstagswahl für die Parteien, die sich für den Volksentscheid erklärt hatten, zurück, da diese damals in Preußen zusammen rund 12,4 Millionen Stimmen erhalten hatten. Hingegen ist das Ergebnis zum Volksentscheid beträchtlich höher als das zum Volksbegehren, da am Volksbegehren 5,955 Millionen Stimmen aufgebracht worden waren.

Die Beteiligung in den einzelnen Wahlkreisen betrug im Durchschnitt etwa 35 bis 40 Prozent. Nur in wenigen Wahlkreisen lag, wie folgende Einzelergebnisse zeigen, die Beteiligung etwas über 50 Prozent der Wahlberechtigten. **Die Wahlen sind übrigens im ganzen Reiche ruhig verlaufen, nur in Berlin kam es am Abend des Wahltages am Bülowplatz zu blutigen Ausschreitungen.**

*

Einzelergebnisse.

Frankfurt (Oder): 53 000 Stimmberechtigte, 24 300 Ja-Stimmen, 552 Nein-Stimmen.

Koblenz: 44 219 Stimmberechtigte, 15 389 Ja-Stimmen, 407 Nein-Stimmen.

Stralsund: 28 077 Stimmberechtigte, 14 867 Ja-Stimmen, 259 Nein-Stimmen.

Mülheim: 89 269 Stimmberechtigte, 42 510 Ja-Stimmen, 1621 Nein-Stimmen.

Stade: 9711 Stimmberechtigte, 4352 Ja-Stimmen, 147 Nein-Stimmen.

Recklinghausen: 51 742 Stimmberechtigte, 16 195 Ja-Stimmen, 862 Nein-Stimmen.

Krefeld-Ürdingen: 114 112 Stimmberechtigte, 36 231 Ja-Stimmen, 1469 Nein-Stimmen.

Kastrop-Rauxel: 35 332 Stimmberechtigte, 10 433 Ja-Stimmen, 854 Nein-Stimmen.

Witten-Ruhr: 49 788 Stimmberechtigte, 16 989 Ja-Stimmen, 427 Nein-Stimmen.

Kempen: 5834 Stimmberechtigte, 640 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen.

Bonn: 67 629 Stimmberechtigte, 13 317 Ja-Stimmen, 442 Nein-Stimmen.

Altona: 178 118 Stimmberechtigte, 57 039 Ja-Stimmen, 2037 Nein-Stimmen.

Oberhausen: 116 547 Stimmberechtigte, 42 120 Ja-Stimmen, 2003 Nein-Stimmen.

Königsberg (Pr.): 201 126 Stimmberechtigte, 79 361 Ja-Stimmen, 2268 Nein-Stimmen.

Stolp: 26 863 Stimmberechtigte, 15 060 Ja-Stimmen, 1212 Nein-Stimmen.

Kassel: 128 680 Stimmberechtigte, 37 511 Ja-Stimmen, 722 Nein-Stimmen.

Oppeln: 21 275 Stimmberechtigte, 4729 Ja-Stimmen, 214 Nein-Stimmen.

Essen: 429 029 Stimmberechtigte, 112 908 Ja-Stimmen, 3774 Nein-Stimmen.

Tier: 47 575 Stimmberechtigte, 10 663 Ja-Stimmen, 286 Nein-Stimmen.

Beuthen: 62 213 Stimmberechtigte, 22 762 Ja-Stimmen, 1184 Nein-Stimmen.

Görlitz: 67 355 Stimmberechtigte, 22 199 Ja-Stimmen, 715 Nein-Stimmen.

Gleiwitz: 70 264 Stimmberechtigte, 23 724 Ja-Stimmen, 1325 Nein-Stimmen.

Duisburg-Hamborn: 269 539 Stimmberechtigte, 106 721 Ja-Stimmen, 3635 Nein-Stimmen.

Groß-Solingen: 102 801 Stimmberechtigte, 60 340 Ja-Stimmen, 1224 Nein-Stimmen.

Remscheid: 71 502 Stimmberechtigte, 40 736 Ja-Stimmen, 902 Nein-Stimmen.

Köln Stadt: 540 000 Stimmberechtigte, 74 358 Ja-Stimmen, 1812 Nein-Stimmen.

Wahlkreis Düsseldorf-West.

Stimmberechtigte 1 211 726; Ja-Stimmen 401 847, Nein-Stimmen 13 641.

Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielten im Wahlkreise Düsseldorf-West die für den Volksentscheid eingetretenen Parteien (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlichsoziale, Landvolk, Deutschhannoveraner und Kommunisten) insgesamt 536 205 Stimmen.

Wahlkreis Köln-Aachen.

Stimmberechtigte 1 513 584; Ja-Stimmen 245 442, Nein-Stimmen 8559

Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielten im Wahlkreise Köln-Aachen die für den Volksentscheid eingetretenen Parteien (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlichsoziale, Landvolk, Deutschhannoveraner und Kommunisten) insgesamt 517 275 Stimmen

Wahlkreis Westfalen-Süd.

Stimmberechtigte 1 683 313; Ja-Stimmen 551 217, Nein-Stimmen 20 542.

Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielten im Wahlkreise Westfalen-Süd die für den Volksentscheid eingetretenen Parteien (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlichsoziale, Landvolk, Deutschhannoveraner und Kommunisten) insgesamt 730 950 Stimmen.

Wahlkreise.

Köln-Aachen: St. 1 519 681, Ja 245 442, Nein 8595.
Westfalen-Nord: St. 1 476 255, Ja 400 773, Nein 14 926.
Westfalen-Süd: St. 1 683 313, Ja 551 217, Nein 31 317.
Düsseldorf-Ost: St. 1 481 878, Ja 531 055, Nein 14350.
Halle-Merseburg: St. 973 994, Ja 528 369, Nein 20 122.
Magdeburg: St. 887 446, Ja 373 691, Nein 15 656.
Ost-Hannover: St. 710 580, Ja 348 293, Nein 12 370.
Schleswig-Holstein: St. 1 045 682, Ja 494 433, Nein 15 078.
Erfurt: St. 425 805, Ja 179 644, Nein 4311.
Potsdam I.: St. 1 417 592, Ja 556 565, Nein 23 013.
Frankfurt (Oder): St. 1071 890, Ja 519 140, Nein 460.
Potsdam II.: 1 404 432, Ja 452 133, Nein 14 205.
Koblenz-Trier: St. 823 923, Ja 212 324, Nein 6320.
Liegnitz: St. 806 721, Ja 358 251, Nein 21 833.
Berlin: St. 1 536 633, Ja 461 129, Nein 15 900.
Breslau: St. 1 286 902, Ja 495 556, Nein 27 624
Ostpreußen: St. 1 396 250, Ja 658 089, Nein nicht gemeldet.
Pommern: St. 1 232 093, Ja 659 315, Nein 30 284.

Das vorläufige amtliche Endergebnis.

Berlin, 10. August. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis betrug die Zahl der Stimmberechtigten zum Volksentscheid 26 553 837 (einschließlich Stimmscheine). Abgegeben wurden

Ja-Stimmen	9 793 603
Neinstimmen	389 244
Ungültige	243 329
zusammen	10 426 176

*

Blutige Straßenkämpfe in Berlin.

Zwei Polizeibeamte und mehrere Kommunisten getötet, zwei Beamte und zahlreiche Privatpersonen schwer verletzt.

Auf dem Bülowplatz in Berlin ereigneten sich schwere und blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und Kommunisten. Die Beamten wurden plötzlich wie auf Kommando aus zahlreichen Häusern und von der Straße heftig beschossen. Dabei wurden zwei Polizeihauptleute, Anlauf und Link, getötet und der Oberwachtmeister Wüllich am Arm schwer verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer und ging energisch gegen die Kommunisten vor. Eine planmäßige Säuberungsaktion der einzelnen Häuser wurde vorgenommen. Dabei wurde ein weiterer Polizeiwachtmeister durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Die Zahl der erschossenen Kommunisten steht noch nicht fest. Jedenfalls sind bereits mehrere Leichen geborgen worden. Neun verletzte Privatpersonen sind dem Krankenhaus Friedrichshain zugeführt worden. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll die Zahl der Toten 15 betragen.

Sprengstoffanschlag auf D-Zug Frankfurt a. Main—Berlin.

Neun Wagen entgleist.

Auf den D-Zug 43 Frankfurt a. Main—Berlin wurde in der Nähe von Jüterbog, etwa eine Stunde von Berlin, ein Sprengstoffanschlag verübt. Zwei Meter Schienen wurden aus dem Gleiskörper herausgerissen. Neun Wagen entgleisten; zwei davon stürzten den hohen Bahndamm hinab. Glücklicherweise sind keine Todesopfer zu beklagen. Eine Person wurde schwer, zahlreiche andere leicht verletzt.

Einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Halle sind noch folgende Einzelheiten über das Attentat zu entnehmen: Zwischen Jüterbog und Grüna ist während der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF